

Die Bekleidungs-gewerkschaft

Organ des Verbandes christlicher Arbeitnehmer des Bekleidungs-gewerbes und des Berufsverbandes christlicher Hutarbeiter mit der Monatsbeilage „Die berufstätige Frau“.

Erscheint alle 14 Tage Samstags Bezugspreis: Durch die Post für Nichtmitglieder vierteljährlich 3 Mark ohne Postgeld.

Köln, den 12. November 1921.
Geschäftsstelle Deutscherwall 9 Fernruf N 2532.

Redaktionschluss Montagsmittags vor dem Erscheinungstag. Inseratannahme: Otto Kleine, Berlin SW 47, Wödenstraße 67

Gegen die Vergewaltigung.

Protest der deutschen Arbeiterorganisationen gegen die Entschieden über Oberschlesien.

Ohne Rücksicht auf die festerlich Willenserklä- rung der Bevölkerung, ohne Beachtung zwin- gender Vorschriften des Versailler Vertrages, ohne jede Erwägung darüber, wie Deutschland die wüthende Last der Reparationsverpflichtun- gen vollständig tragen kann, haben Völkerverbin- dung und die Hauptmächte der Entente das Un- recht der Teilung Oberschlesiens beschlossen.

Gegen diese Entscheidung erhebt

die Gesamtheit der deutschen Arbeitnehmer durch ihre Spitzenorganisationen und aller Welt christlichen Protest. Sie erblickt in diesem, dem deutschen Volke ohne jede Anhöhrung ausgezwun- genen Beschluß eine Vergewaltigung und einen Rechtsbruch schlimmster Art, eine Handlung, die nicht nur im härtesten Widerspruch mit dem wiederholt verkündeten Zweck des Völkerverbin- des steht, sondern auch die internationale Strei- tigkeiten herbeiführt. Gegen ihren ausdrücklichen Wil- len, gegen Geist und Sinn des Gedankens vom Selbstbestimmungsrecht der Völker seien hun- derttausende deutscher Volksgenossen einem Staat überantwortet worden, der kulturell, so- zial und wirtschaftlich rückständig ist. Das in Deutschland gepflegte und gesetzlich eingelegte Koalitionsrecht der Arbeitnehmer ist in Polen nicht gewährleistet. Rechtlos und hilflos sind mehrere Volksgenossen dem Mißbrauch der poli- tischen Gewalt durch die Behörden preisgegeben.

Während das deutsche Wirtschaftsleben schon durch den ersten Versuch zur Erfüllung der Re- parationslasten schweren Erschütterungen aus- gesetzt ist, werden ihm wertvolle, unentbehrliche Teile zu Unrecht entzogen. Die deutsche Arbeit- nehmerenschaft hat wiederholt ihren ehrlichen Wil- len zur Mitarbeit an den Pflichten der Repa- rationslasten bekundet. Dieser Wille wird durch die ungesetzliche Entscheidung nicht zertrümmert. Es ge- hört den Anschein, als soll die Reparation ver- mindert werden, um dann gegen Deutschland mit neuen Zwangsmaßnahmen vorgehen zu können.

10 Millionen deutscher Arbeitnehmer sprechen durch den gegen ihren Willen uns entzogenen Oberschlesien ihr innigstes Mitgefühl aus. Wir werden nie aufhören, euch als Volksgenossen zu betrachten und werden nie erlahmen, zu be- weisen, daß wir die Verzerrung Oberschlesiens, die entgegen dem einwandfrei festgestellten Wirtschaftswillen der beteiligten Bevölkerung, durch Vernunft und Gerechtigkeit erfolgt ist, als brennendes Unrecht zu betrachten. Wir bekennen an das Gewissen der ganzen Kultur- welt in der festen Zuversicht, daß mit Hilfe aller

christlichen Menschen der Geist der Völkerverbin- dung und das Recht auch auf unsere ober-schle- sischen Volksgenossen Anwendung finden wird.

Allgemeiner deutscher Gewerkschaftsbund und Allgemeiner freier Angestelltenbund, Deutscher Gewerkschaftsbund, Deutscher Gewerkschafts- ring, Deutscher Beamtenbund.

Wege zur inneren Befundung.

Der Ausschuß des Deutschen Gewerkschafts- bundes trat am 4. und 5. September in Berlin zusammen, um zu wichtigen Gegenwartsfragen Stellung zu nehmen. Im Anschluß an die Ta- gung erließ er eine Kundgebung, die wir leider erst jetzt zum Abdruck bringen können.

Politische Richtlinien.

Der große Ausschuß des Deutschen Gewerkschaftsbundes (umfassend den Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften, den Gesamtver- band deutscher Angestellten Gewerkschaften und den Gesamtverband deutscher Beamten- und Staatsangestellten-Gewerkschaften) beklagt die vergiftende Hochspannung der politischen Ver- hältnisse.

Das erste und allen Deutschen gemeinsame Ziel, der Wiederaufbau des Vaterlandes und die Wiederherstellung seiner nationalen Unab- hängigkeit, muß in diesem Kampfe der Leidens- kassen aus den Augen verloren gehen. Dieses Ziel kann nur erreicht werden, wenn das deutsche Volk sich einmütig auf den Boden der demo- kratischen Staatsverfassung stellt und sie vor allen gewalttätigen Bedrohungen schützt.

Die seit dem Essener Kongreß der christlichen Gewerkschaften in Deutschland verfolgte poli- tische Entwicklung beweist immer stärker die Richtigkeit der damals aufgestellten Grundzüge. Der Ausschuß des Deutschen Gewerkschaftsbun- des erwartet von den Mitgliedern des Deutschen Gewerkschaftsbundes, daß sie sich im Lande in vollster Opferwilligkeit für die Durchführung dieser Ziele einsetzen, unbesümmert um taktische Witzstübe und tagespolitische Tendenzen in der Presse. Der Ausschuß des Deutschen Gewerkschaftsbundes fordert von seinen Mitgliedern wie bisher stets unbedingte Treue zu den Füh- rern. Er spricht insbesondere seinem Vorstehen- den, Herrn Ministerpräsidenten Stegerwald, einmütiges volles Vertrauen aus und weist von außen kommende Versuche, dieses erprobte Ver- trauensverhältnis zu erschüttern, mit Entrüstung zurück.

Forderungen zur Finanzpolitik.

Der Ausschuß des Deutschen Gewerkschafts- bundes hat sich eingehend mit der erschreckend schweren Finanzlage des Reiches befaßt; die sich

aus der Erfüllung des Versailler Vertrages und des Londoner Ultimatus ergebenden Ver- pflichtungen legen jedem einzelnen Deutschen eine unerhörte Last an Entbehrungen und Not auf. Trotzdem muß unter Ausbeutung aller wirt- schaftlichen Kräfte des deutschen Volkes die Er- füllung eingegangener Verpflichtungen versucht werden.

Der in Deutschland noch immer zu beobach- tende verschwenderische Aufwand und Verbrauch von Luxusgütern insbesondere ausländischer Herkunft seitens bestimmter Kreise bewirkt eine unerträgliche Ungleichheit in der Neuzeitlichen Erfassung der einzelnen Volksschichten.

Der Ausschuß des Deutschen Gewerkschafts- bundes erwartet daher von der Reichsregierung, daß sie vor einem Eingriff in die Substanz des großen Vermögens nicht zurückzureden wird, so weit durch diesen Eingriff nicht das für die Auf- rechterhaltung der Produktion unentbehrlich Betriebskapital vernichtet wird.

Dieser unerklärliche neuzeitliche Eingriff in die Substanz der Wirtschaft hat in einer Form zu erfolgen, die dem deutschen Volk die freie Ver- fügungsgewalt über seine Produktionsmittel er- hält und die deutsche Arbeit nicht in unerträg- liche und produktionshemmende Abhängigkeit vom Ausland geraten läßt. — Der Ausschuß des Deutschen Gewerkschaftsbundes erwartet von der Reichsregierung rücksichtslose Erfassung der bei den Gewinnern, die sich offensichtlich der neuen Steuererfassung entziehen. Das bisherige Steuererfassungsmittel läßt erkennen, daß in den bestimmten Teilen Deutschland die Landwirtschaft den gerechterweise auf sie entfallenden Teil der allgemeinen Belastungen nicht getragen hat. Der Ausschuß des Deutschen Gewerkschaftsbun- des wendet sich entschieden gegen die in man- chen, besonders in ländlichen Gegenden zu be- obachtende Steuerfabotage. Diese ist geeignet den inneren Frieden unseres Volkes auf das schwerste zu gefährden.

Der Ausschuß verlangt mit allem Nachdruck, daß die durch die Steigerung der Lebensmittel- preise sich ergebende Werterhöhung des land- wirtschaftlichen Grundbesitzes unter Anwaltschaft an die besonderen Produktionsverhältnisse der Landwirtschaft und unter gleichzeitiger Inan- griffnahme der Neuordnung des Hypotheken- und Bodenrechts voll erfaßt wird.

Die Wohnungsnot.

Der Ausschuß des Deutschen Gewerkschafts- bundes hält die Befreiung der großen Woh- nungsnot für eine der dringendsten innerpoli- tischen Aufgaben der Gegenwart. Er fordert, daß die Mittel für die Gewährung ausreichender Zuschüsse zur Herstellung neuer Wohnungen

hauptsächlich aus der städtischen und ländlichen Wohnungswirtschaft selbst aufgebracht werden für das nächste Jahrzehnt erblickt er nur im Ausbau der Wohnungsabgabe einen Weg zur Sicherstellung der Mittel für den Wohnungsbau. Diese Abgabe muß so hoch bemessen werden, daß ihre Erträge ausreichte Zuzüsse für alle technisch und wirtschaftlich durchführbaren Wohnungsbauten ermöglichen. Die Steigerung der Abgabe bedingt eine entsprechende Erhöhung der Gehälter und Löhne. Die durch die Steigerung der Abgabe bedingte Erhöhung der Gehälter und Löhne ist volkspolitisch und volkswirtschaftlich durchaus gerechtfertigt. Bei der Neuherstellung von Wohnungen ist der Flachbau möglichst zu fördern und zu bevorzugen.

Das Bodenbesitzrecht bedarf grundlegender Reform, das den wucherischen Handel und Gebrauch in Wohnungsgrundstücken ausschließt. Das Hypothekensystem ist gesetzlich auf gemeinwirtschaftliche Grundlagen zu stellen. Insbesondere sind Boden- und Bauhypothek voneinander zu trennen. Im Wohnungsbau sollte die Pfandhypothek mit der Zeit die allein zulässige bleiben.

Weber der unbeschränkte private Hausbesitz noch das System der Mieterrechte können auf die Dauer den Bedürfnissen nach einer sozialen Gestaltung des Wohnungswesens gerecht werden. Für die Verwaltung und Bewirtschaftung von Mietwohnungen wird daher eine Form gemeinschaftlicher Selbstverwaltung in Erwägung zu ziehen sein, die unter Zusammenfassung einer Anzahl Wohnungsgrundstücke zu Wohnungsgemeinschaften das Problem der Sozialmiete durch Mitbestimmung aller Parteien zu lösen sucht.

Dem Hausbesitzer soll dabei kein Eigentum am Hause unter ausreichender Beteiligung erhalten bleiben. Ten Wohnungsgemeinschaften ist jedoch auf die zu ihrer Gemeinschaft gehörenden Häuser ein Verkaufsrecht unter Ausräumung des zentralen Wertes einzuräumen. Im übrigen dürfen privatwirtschaftliche Interessen der Hausbesitzer bei der Wohnungsreform nicht hinderlich sein. Eine Entschädigung gegenwärtiger Miethausbesitzer für die in Zukunft aus der Verwaltung der Häuser wegzufallenden Einnahmen ist nur solchen Fällen zuzubilligen, die daraus bei anderweitiger Erwerbsunmöglichkeit ihren hauptsächlichsten Lebensunterhalt bestritten haben.

Die Bauwirtschaft ist durch Ausbau und gemeinwirtschaftliche Umgestaltung der Sandlote unter entscheidender Mitwirkung von Arbeitnehmern, Verbrauchern und Vertretern der Allgemeinheit den öffentlichen Interessen untergeordnet.

Der Ausschuh des Deutschen Gewerkschaftsbundes ersucht die angeschlossenen Verbände und deren Mitglieder, die gemeinnützigen Bauproduktionsgesellschaften der christlichen Bauarbeiter durch persönliche und finanzielle Anteilnahme zu fördern und zu unterstützen. Er erblickt in diesen Genossenschaften ein geeignetes Mittel, auf dem Gebiete des Wohnungsbaues reguierend und preismindernd zu wirken.

Teuerungswelle und Preiswucher.

Mit schwerster Sorge stellt der Ausschuh des Deutschen Gewerkschaftsbundes fest, daß wieder eine Teuerungswelle durch das Land geht, die in ihrer Höhe in den Produktionskosten nur teilweise begründet ist. Fremd jeder Rücksicht auf die eigenen Volksgenossen, erfüllt vom Geiste niedrigster und verächtlichster Selbstsucht, werden die durch die Reparationsverpflichtungen erschweren Lebensbedingungen unseres Volkes von Erzeugern und Händlern in Stadt und

Land zur Verwucherung der ohne Beschäftigung an Produktionsmitteln lebenden Lohn- und Gehaltsempfänger aber mit vielfach schamlos ausgeht.

Der Ausschuh des Deutschen Gewerkschaftsbundes richtet an alle Erzeuger in Stadt und Land, an alle Unternehmer in der Landwirtschaft, im Handel und Gewerbe die eindringliche Mahnung, sich ihrer politischen und sittlichen Verantwortung für das Schicksal unserer Volksgemeinschaft bewußt zu sein und dem großen Ziele der Ueberbrückung der zwischen Stadt und Land, Arbeitgebern und Arbeitnehmern bestehenden Kluft das bedeutendste Streben nach möglichst hohem Gewinn unterzuordnen.

Wir wenden uns an Ueberzeugung und Gefühl aller, die sich bemüht sind, daß unser Volk nie wieder gelunden und zur Einheit zusammenwachsen kann, wenn seinem größten Teile nicht das Bewußtsein genommen wird, daß es in seinem notwendigsten Lebensbedürfnissen rücksichtslosem privaten Gewinnstreben ausgeliefert ist, daß aus seiner Not andere ein verbrecherisches Schlimmer- und Vasterleben führen, daß aus seinem und seiner Kinder Leid heraus Tausende zu Reichthum gelangen, während Millionen verderben.

Gegen alle, deren Gewissen Volkessnot gegenüber nicht mehr spricht, muß mit den schärfsten Mitteln vorgegangen werden. Wir verlangen von der Regierung, daß sie mit größter Brückennutzung dem Reichstage Gesekentwürfe vorlegt, die zu solchem Vorgehen die gesetzliche Handhab bieten.

Wer wucherisch keines Volkes Notlage ausnußt, ist ehrlos und muß dementsprechend behandelt werden. Diese Schädlinge sind scharf zu strafen durch Entziehung aus allen öffentlichen Ehrenämtern, durch Entziehung des Wahlrechts, durch Zuchthausstrafen und rechtlose Vermögenskonfiskation.

Dem freien Anziehen der Preise entsprechend muß in mindestens gleichem Ausmaße die Kaufkraft der Arbeitnehmer steigen, da ein weiteres Sinken ihrer Lebenshaltung unerträglich wäre.

An die öffentlichen und privaten Arbeitgeber richtet der Deutsche Gewerkschaftsbund die Forderung, diesem Bestreben ihrer Arbeitnehmer verständnisvoll und weitgehend entgegenzukommen. Die deutsche Arbeitnehmerschaft fordert wie auf, ihre Ansprüche unter billiger Berücksichtigung der Gesamtlage zu stellen und sich nicht zu Forderungen treiben zu lassen, deren Unerschwinglichkeit offensichtlich ist. Wir rufen aber auch auf zum Willen zur Erzielung dessen, was wir brauchen, wenn wir bei unserem Verlangen auf angemessenen Ausgleich gegenüber der steigenden Teuerung auf Verständnislosigkeit und Ablehnung stoßen. Macht euch hart zum Kampfe um Euer Recht. Urbi aber auch Selbstsucht durch vernünftiges Handeln. Zählt keine Wucherpreise, treibt den Preis durch sinnloses Vorziehen nicht in die Höhe und vermeidet den Einkauf entbehrlicher Luxuswaren.

Die unentbehrlichen Mittel wirtschaftlicher Selbsthilfe, insbesondere das Genossenschaftswesen, sind planvoll zu fördern. Als einen Weg zur Befundung betrachten wir die Schaffung gemeinwirtschaftlicher Organisationen zur Befriedigung des Bedarfs an den Massenmitteln des täglichen Lebens, an deren Aufbau und Verwaltung Erzeuger, Verbraucher, der Handel und die Gemeinden so zu beteiligen sind, daß sie mit höchster Zweckmäßigkeit unter Gewährung angemessener, produktionssteigernder Preise an die Erzeuger die Ausschüttung legitimen Spekulationsgewinnes ermöglichen und vereinigen

ist. Ein Abschermengefeh, dessen beträchtliche Minderung und Erleichterung wir erlangen, müßte die rechtlichen Voraussetzungen für den Wähler die Durchführung solcher Maßnahmen schafft.

2. Sozialversicherungen.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund steht unerschütterlich auf dem Standpunkt, daß Arbeiter, Angestellte und Beamte im Wirtschaftsleben besondere Aufgaben zu erfüllen haben und mithin auch berechtigt sind, eine Sozialpolitik zu betreiben, die ihren besonderen Bedürfnissen entspricht.

Der Ausschuh des Deutschen Gewerkschaftsbundes anerkennt demgemäß, wie er es auch schon früher ausgesprochen hat, die Berechtigung des Widerstandes der Angestellten gegen die Forderungen, die auf eine Vereinfachung der bisherigen sozialen Versicherungsrichtungen der Angestellten zielen. Er anerkennt weiter die Dringlichkeit ihrer zeitgemäßen Anpassung an die Lebensverhältnisse und die Notwendigkeit des Ausbaues der Selbstverwaltung.

Demgemäß wird der Deutsche Gewerkschaftsbund dafür instreuen, daß der zurückgehaltene Entwurf eines Gesetzes betreffend die Uebertragung des Versicherungsgebietes für Angestellte nach in diesen Herbst verabschiedet und im Sinne der Forderungen des Hauptausschusses die soziale Versicherung der Privatangestellten ergänzt wird.

Insbesondere billigt der Deutsche Gewerkschaftsbund die Forderungen des Hauptausschusses auf

- a) die Vebhaltung der Sonderversicherung,
- b) die Erweiterung der Selbstverwaltung,
- c) die Ausregelung von Beiträgen und Leistungen; sowie der Gehaltsgrenze für die Versicherungspflicht, die unter Berücksichtigung der Geldentwertung die Arbeitslosenverpflichtung, die zur Schaffung des Versicherungsgebietes für Angestellte geführt haben.

Krebschäden der deutschen Wirtschaft.

Während von den breiten Schichten der Bevölkerung gegenwärtig die Korruption erhoben wird, hat das deutsche Wirtschaftsleben nach arden christlichen Gesichtspunkten geleitet und der letzten planlosen Korruption von Kraft und Stoff ein Ende bereitet werden müßte, wird von der anderen Seite eine Rückwärtsentwicklung im Sinne der Ueberlieferung der öffentlichen Verhältnisse, die an das Verdammnis von lang. Die in dieser Richtung liegenden Vorschläge werden regelmäßig damit beantwortet, daß alle privatwirtschaftlich geleiteten Unternehmen in Deutschland anachronistisch seien, während die öffentliche Bewirtschaftung mehr und mehr Klasse erleide. Es ist nicht schwer, dem State die Dekrete nachzurechnen, die ihn aus dem Betriebe der Eisenbahn, Post usw. ziehen, eine kritische Betrachtung der neuesten Ergebnisse der großen privatwirtschaftlich geleiteten Unternehmen zeigt aber, daß hier zwar verhältnißmäßig große Gewinne herausgeholt werden, daß diese aber ardenentiels mit einer fortwährenden Verminderung der Substanz unseres Nationalvermögens und mit einem verheerenden Hausbau an der Volkskraft erkauft sind.

Oberflächliche Beurteiler des Wirtschaftslebens nehmen häufig die Börse zum Ausgangspunkt ihrer Betrachtungen und verweisen darauf, daß die Kurse der Industriestellen im gleichen Tempo steigen wie der Entwertungsprozeß der Wertpapiermasse fortgeschritten. Hierbei ist jedoch zu berücksichtigen, daß diese Kurssteigerungen in der Hauptsache nur dort eintreten, wo die Kor-

Produktion Aussicht hat, bei der Bewertung von Geld auf Papiermarkt einen Teil des Gewinns in ihrer Tasche zu lassen. Die letzten deutschen Aktiengesellschaften haben in beiden Richtungen eine formelle Erhöhung ihres Grundkapitals vorgenommen. Geradejuelle Kapitalerhöhungen sind aber heuht werden, um der Industrie nicht Kapitalien zu führen, sondern zu entziehen und sie auf dem Wege über die Börse in die Tasche von Renten setzen zu lassen, die dem eigentlichen Produktionsprozeß ganz fern stehen.

Gegenwärtig wird die privatbetriebswirtschaftlich von drei verschiedenen Interessentengruppen beeinflusst. In den Kategorien der Aktiengesellschaften und in den Generalversammlungen werden mit größter Nachdruck die Interessen der Großfirmen vertreten. Diese beunruhigt sich schon längst nicht mehr mit der Frage von Plebisciten aufstehenden Kapitalrenten. Die Renten und Dividenden wollen aus der Tasche ihrer Anteilhaber in Industrieunternehmen täglich und ständig Kapital schlagen. Das ist ihnen nur möglich, wenn die Kurse der Aktien durch besondere Maßnahmen hochgetrieben werden. Viele Schritte machen ihren Einfluß bei der Verwirklichung regelmäßig geltend, daß immer mehr Kapitalerhöhungen vorgenommen und in Stammaktienhöhen hohe Bezugsrechte eingebracht oder Großaktien in den Schoß verloren werden. Auch die jungen Aktien werden in der Regel noch als Dividende mit voller Dividendenberechtigung für das abgelaufene Geschäftsjahr ausgeteilt. So erwirbt sich die Börse als gefährlicher Einfluss am ohnehin geschwächten Körper der deutschen Wirtschaft. Die Banken hätten gerade mit Rücksicht auf ihre Beteiligung an der Industrie die volkswirtschaftliche Aufgabe, den Unternehmenskapitalien zuzuführen und den Aufbau und die Modernisierung des deutschen Produktionsapparates zu fördern. Da sie jedoch in ganz brutale egoistische und kurzfristige Wirtschaftspolitik trachten, suchen sie das Geldmarktfaktual der deutschen Aktiengesellschaften möglichst rasch an der Börse auszumünzen und zu verlichten.

Die zweite Interessentengruppe, die einzigen Einfluß auf die Betriebswirtschaft besitzt, sind die eigentlichen Besitzer der Unternehmen, von denen viele früher einmal Verwalter und selbständige Besitzer bedeutender Betriebe gewesen sind, die sie heute nach erfolgter Umwandlung verleben in Aktiengesellschaften als Direktoren verwalten. Mehrere dieser Direktoren führt jetzt einen schmerzhaften Kampf gegen die Ausschüttungspolitik des Präsidenten, als er weit als gemäßigter Kaufmann und Techniker, doch dem Betriebe die Erhaltung der ersten Gewinne dringender ist als wenn der Produktionsapparat auf der Höhe der Zeit stehen und der Weltwirtschaft durch effizienten und rationellen Entlohnung über die höheren Stellen hinausgehoben werden soll. Statt dessen muß er mit dem besten Willen den Vorhänden des Direktors die letzten stillen Mittel entziehen. Zahlreiche Direktoren sind in diesem Widerstreit der Interessen dem Schicksal der Börse erlegen und gehen mit ihr durch die Welt.

Wie steht es aber mit dem Einfluß der Arbeitnehmer auf die Betriebswirtschaft, deren Schaffenskraft das an sich so Kapitalprodukt macht? Die Arbeitnehmer haben ein Interesse nicht nur an auskömmlicher Bezahlung, die ihnen und ihrer Familie die Reproduktion der Arbeitskraft ermöglicht. Sondern auch an der Erhaltung und Erweiterung des Betriebsmittels. Augenblicklich haben wir im Reich den steigenden Preisen der Industrie infolge des aus der Marktwirtschaft resultierenden Schwundpreises. Wie wird es aber mit der Arbeitslosigkeit aussehen, wenn uns das Ausland um Schutz seines Marktes den billigen deutschen Waren noch höhere Schutzzölle entgegenstellt als bisher? Wird dann die deutsche Industrie zu überlebenden Weltmarktspekulationen befähigt sein, die im hohen Maße der technischen Ausbildung des deutschen Arbeiters entsprechen? Diese Fragen erregt schon jetzt in den Kreisen einzelner Lohnarbeiter und Wirtschaftstheoretiker erste Bewegungen. Unter ausländischen Konkurrenzbedingungen, insbesondere bei den stärksten Stößen und Engpässen nehmen gegenwärtig eine durchgreifende technische Genossenschaftliche

Produktionsmittel vor. Dort baut man moderne Arbeitsmaschinen und verwertet die neuesten Erfindungen, bei uns erfolgen lediglich organisatorische Umgruppierungen, die geistigen Großkapitalistischen Kreisen einen verächtlichen Einfluß auf die Verteilung des Produktionsertrages sichern lassen. Bei diesem Umstellungsprozeß werden der deutschen Industrie durch die Börse fortwährend unachtere Summen entzogen. Bankkredite zum Ausbau der Unternehmungen sind heute in Deutschland selbst bei größter Sicherheitsleistung überhaupt nicht erhältlich.

Wohin fließen die Gewinne, die aus der Verschleuderung des Produktionsapparates und aus der ungelungenen Hochkonjunktur herausgeschleudert werden? Kein Mensch davon nicht zurück an die Industrie! Große Beträge wandern in Form ausländischer Zahlungsmittel in die Heimatländer der Spekulantien oder in die Tresors ausländischer Banken. Bei diesem Aufbau wird die Betriebsgelegenheit für die nationale Generation vollständig untergraben und die Arbeitskraft der wertvollen Bevölkerung bei dem wachsenden Mißverhältnis zwischen Arbeitslöhnen und Kosten der Lebenshaltung fortgesetzt verringert. Die Ausbildung der heranwachsenden Generation, die schon während des Krieges fast gelitten hat, ist auch heute noch infolge der materiellen Not so mangelhaft, daß man für die Leistungsfähigkeit der deutschen Industrie in der Zukunft die schlimmsten Voraussagen hegen muß. Wenn es nicht gelingt, in letzter Stunde das deutsche Wirtschaftswesen vor der unheimlich fortschreitenden Auszehrung zu bewahren und dem allgemein volkswirtschaftlichen Interesse wieder zur Geltung zu verhelfen, so steht die gesamte deutsche Wirtschaft schon in kurzer Zeit vor ihrem Ruin. Voraussichtlich werden wir noch von der Substanz des Nationalvermögens das bedeutendste aber fortwährende Verarmung und zunehmende wirtschaftliche Ohnmacht. Die Verarmungspolitik ist eifrig dabei, das noch an sich zu retten, was der Krieg dem deutschen Volke gelassen hat. Gegen solche Rücksichten auf wirtschaftlichem Gebiet helfen genau wie in der Medizin nur einseitige massive operative Massnahmen.

Den eisernen Besen her!

Die Deutsche Handelsmacht, das Organ des deutsch nationalen Handelsangehörigenverbandes, schreibt in Nr. 33 vom 7. September:

Die Reichswarenerwertungskommission für Textilwaren verkauft große Massen billiger Bekleidungsstücke zu Schleuderpreisen ins Ausland — um die Preise der Textilwaren im Inland nicht zu drücken. Die Exportliste Nr. 4 lautet auf:

45 814 Frauenmäntel	17 74 M.
63 307 Frauenjassen	29 — M.
19 180 Mädchenjassen	21 65 M.
15 6 Mädchenmäntel	41 80 M.
8 625 Mädchenmäntel	41 80 M.
18 728 Kinderjassen	28 — M.
16 028 Herrenmüßer aus Federn	76 85 M.
5 199 Herrenmüßer aus Wolledern	96 70 M.
1 917 Herrenmüßer aus Wolledern	62 05 M.
84 Knabenmüßer aus Federn	54 80 M.
745 Knabenmüßer aus Wolledern	64 80 M.
701 Knabenmüßer aus Wolledern	80 85 M.
33 973 Toppas, ein- und zweifach	58 45 M.
4 911 Kinder-Triade	33 20 M.
282 Burdocktuppen, zweifach	37 55 M.
6 110 Winterjassenmäntel	223 65 M.

Das ist nun aber doch etwas stark! Wo heute in Deutschland Tausende von Kindern ohne ein Hemd auf dem Erbe herumlaufen, wo die finanzreichen Familienmitglieder sich nicht zu helfen wissen wie sie ihre Lieben gegen die Kälte des bevorstehenden Winters schützen lassen, da werden hier wertvolle Kleidungsstücke zu einem Schandpreis ins Ausland verschleudert. Dazu die unerschämte Begründung, um die Preise der Textilwaren im Inland nicht zu drücken. Ja, so ist es recht, die billigen Waren gehen ins Ausland, das deutsche Volk aber kann irren, weil es kein Geld hat, die teueren Kleider kaufen zu können. Um die Preise, d. h. die Preise nicht zu drücken, wird das Kind die große Einnahme der Textilwarenerwertungskommission und Konfektionsfabrikanter und Konfektionsfabrikanter zu auch des Schnees viel aber, als die hiesige Bevölkerung. Es wäre ja auch

sehr schlimm, wenn ihre Produkte etwas geschmähter würden. Wie schlecht es um die Textilindustrie bestellt ist, beweist u. a. der Geschäftsabschluss der „Bauwollspinnerei in Wittweida“ in Sachsen. Diese hat seinen Jahresbericht veröffentlicht. Danach hat die Firma bei einem Betriebskapital von fünf Millionen Mark einen Jahresertrag von 24 Millionen Mark nach Abzug aller Unkosten erzielt — Kommentar überflüssig.

Die Ausbeutung der breiten Masse des Volkes hängt beim Großkapitalisten an und wird fortgesetzt bis sich die Ware, nachdem sie ein Duzend Zwischenstellen hat, daran bereichert haben, in die Hände des Verbrauchers gelangt. Eine besonders „laubere“ Geschäftsmonopolpraxis unternahm die „Kolonialwaren-Wache“, das führende Organ der Kolonialwarenhändler. Sie schrieb:

„Das Gleichnis der sieben Bräuten und der sieben weissen Jungfrauen aus der biblischen Geschichte kann prächtlich auf den heutigen Einzelhandel angewendet werden. Den weissen Jungfrauen gleich, die nicht verächnen, daß eine Lampe bei der Nacht auch brennen müsse, sind die Händler, welche den derzeitigen Umständen entsprechend ihre Ware verkaufen und Preise halten. Die sieben bräutlichen Jungfrauen hatten schöne Lampen mitgenommen aber kein Öl — kurz ihr! Eine Laterne ohne Licht! Genau so einfältig sind die meisten Händler, welche sich scheuen, die Preise der Zufällige angemessen zu erhöhen; denn sie sind wie die Laterne der bräutlichen Jungfrauen — ohne Öl, ohne Licht; denn wenn ihnen das Licht nicht leuchte, so müßten sie einschlafen können, daß sie planlos im Handumdrehen im Finstern tappen und das Beste übersehen, nämlich den Verdienst.“

Wie oft hört man die Redensart: „Ja, ich kann diese Preise nicht verlangen, sonst würde man sagen, ich wäre ein Wucherer.“ O du heilige Einfalt! Doch aber Wucherer, Wucherer, Schneider usw., ohne zu fragen, ihre Preise ganz nach dem Tageskurs erhöhen, findet jeder Mensch als selbstverständlich, weil es alle gleich machen und überall dieselben Preise sind. Das ist natürlich der fortschreitende Punkt und in Bezug auf Konsumenten entschieden falsch. Das sind wiederum die weissen Jungfrauen, welche es so eingerichtet haben, daß die Sache so ist, wie sie sein muß. Anders beim Einzelhändler, wo eine gewisse Sorte den Preis einfach nach der Tageslaune macht, ohne Satz und ohne Regel — das sind die anderen Jungfrauen, die ohne Öl in der Lampe — diejenigen, welche den lieben langen Tag überall bei ihren Einkäufen mehr, sogar das Doppelte bezahlen, und sich selbst aber alle erhebliche Mühe geben, an ihren Verkaufsartikeln selbst so wenig als möglich zu verdienen. Verkauf wird unter allen Umständen noch, und es ist eine ganz unrichtige Redensart, daß es anders wäre bei den Sachen, welche der Mensch haben muß. Diejenigen Preise, welche der Käufer nicht haben muß, sondern gerne haben möchte, setzen sogar noch mehr zur Entlastung, und heute ist es auch noch keine große und schwere Aufgabe, dem Käufer hinsichtlich zu machen, daß die Preise, schriftlich mit anderen Preisen, eben bedeutend höher geworden sind.

Die Kundenschaft verlangt die billigen Preise nicht, aber sie profitiert mit Vornehmheit von dem Unvergleichnis des billigen Händlers. Das ist wenigstens einmal eine obliche Feinerung, für die wir uns dankbar sein können. Jetzt müssen wir wenigstens, woran wir sind — Klagen und Schimpfen hat hier gar keinen Zweck. Selbsthilfe muß die Lösung sein. Einzelne in unsere Konsumvereine!

Die Kartoffelversorgung.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund wandte sich erneut an den Ernährungsminister Dr. Hermes, um den unbilligen Zuständen, wie sie sich in der Kartoffelversorgung herausgebildet haben, entgegenzusetzen. Die Eingabe hat folgenden Wortlaut:

Der Deutsche Gewerkschaftsbund hat am 18. Oktober an das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft eine Eingabe gerichtet und Maßnahmen vorgeschlagen, die gegen die

unhaltbare Kartoffelpreispolitik sowohl der Käufer wie auch der Verkäufer wirken sollten. Beobachtungen und Erfahrungen der letzten Tage lassen es uns angebracht erscheinen, diese Vorläufe erneut und mit allem Nachdruck zu erheben.

Für die jetzt laufende Kartoffelversorgung erscheint es uns unerlässlich, daß mit größter Beschleunigung Richtpreise festgesetzt werden, deren Vorhandensein nach unserer Überzeugung notwendig ist, wenn überhaupt mit dem Begriff des Wanders Preisrechtlich gearbeitet werden soll. Wir schlagen vor, diese Richtpreise für bestimmte Erzeugergebiete, also nicht für das ganze Reich einheitlich, durch Beibehaltung einer aus sachverständigen Vertretern der Erzeuger, ausgetauschten Händler und Verbraucher zu bildenden Kommission, unter Mitwirkung der Staatsregierung zu beschaffen, daß ein angemessener, produktionsfördernd wirkender Preis gebildet wird, dessen Basis aber nicht die Selbstkosten auf ungünstigstem, sondern auf mittlerem Boden sein muß. Den Erzeugern bleibt überlassen, Zuschußfallen zu schaffen, die bei besonders schlechten Erzeugungsbedingungen aussetzend eintreten können. Im Gesamtdurchschnitt gesehen, halten wir auch jetzt den in unserer Eingabe vom 13. Oktober genannten Preis von 45 bis 50 M frei Station für durchaus angemessen.

Diese im weitesten Umfange öffentlich bekanntzumachenden Richtpreise bilden die Grundlage der von uns in der vorgenannten Eingabe verlangten Aufklärung über die Selbstkosten für den letzten Käufer, außerdem aber auch die Voraussetzung für das Eingreifen der Wuchergerichte. Wir möchten nicht unterlassen zu betonen, daß wir höchstes Vorgehen auch gegen die Käufer verlangen, die den Erzeuger durch höheres Angebot zur Überbietung der Richtpreise verleiten. Jeder Kauf zu Preisen über die Richtpreise hinaus soll als rechtlich unwirksam gelten; die so verkaufte Ware verfällt dem Staat.

Wir wiederholen weiter unsere Forderung, daß die Kartellisten, die über den notwendigen Eigenbedarf hinaus am 1. November noch nicht dem Besetzer zugewiesen sind, der Beschlagsnahme unterliegen sollen.

Ohne solche Maßnahmen sehen wir keine Möglichkeit, der wachsenden Ernährung entgegenzutreten, die in weitesten Verbrauchskreisen über die als wucherlich empfundenen Kartoffelpreise vorhanden ist. Aus volkswirtschaftlichen Indusstellen wird uns gemeldet, daß für den Zentner 100 und mehr Mark, also etwa der dreifache Friedenspreis, verlangt werden. Da neben dem Brot die Kartoffel das Hauptnahrungsmittel weitester Volksschichten bildet, müssen solche Preise, wenn auch mit tiefstem Groß im Herzen, einfach gezahlt werden, wenn die Familie nicht hungern soll. Aufs dringendste fordern wir das Ministerium auf, sich der politischen Wirkungen bewußt zu sein, die durch die diesjährige Kartoffelpreisgestaltung herbeigeführt werden; wir handelten pflichtvergessen, wenn wir es unterlassen würden, auch auf diese Seite der Frage mit allem Nachdruck hinzuweisen.

- In Hochachtung
- Deutscher Gewerkschaftsbund, gen. Broff.
 - Selbstverband der christlichen Gewerkschaften Deutschlands, gen. A. Baltrusch, W. d. RWB.
 - Selbstverb. deutscher Angestellten-Gewerkschaften, gen. Redlich, W. d. RWB.
 - Selbstverband deutscher Beamten- und Staatsangestellten-Gewerkschaften, gen. W. Suttke.

Zwei wichtige Entschlüsse.

In einer großen Versammlung des Deutschen Gewerkschaftsbundes in Köln sprach Reichsarbeitsminister Dr. Brauns über das Thema: „Drei Jahre nach Versailles“. Er beleuchtete den die wirtschaftlichen Erfordernisse Oberschleiers als die vorrangigsten Genier Rechtspruch, machte zur Einschränkung der Lebenshaltung gewisser Kreise, daß die grundsätzlichen Unterschiede in den Zielen der christlichen und der sozialistischen Arbeiterbewegung bezogen und tief zur Förderung aller Bestrebungen zur Erlangung eines fruchtbarsten breiten Reiterung der

Mitte auf. Es wurden zwei Entschlüsse angenommen, von denen die eine lautet:

„In dem Rechtspruch von Genf liegen die Mitglieder der christlichen Gewerkschaften und des Deutschen Gewerkschaftsbundes eine Mikachtung der wenigen, dem deutschen Volke zuerkannten Rechte des Verlaßter Friedensvertrages und eine Vergeßlichkeit des Willens der oberösterreichischen Bevölkerung, mit dem deutschen Volke in voller wirtschaftlicher und politischer Einheit stets zusammen zu leben. Die am 23. Oktober 1921 im Kölner Gütertag Versammlung erklärten: In wahrer Treue, in voller Hinanbe stehen wir zu unseren deutschen Brüdern in Oberschleien leht und in der Zukunft. In gemeinamem harten Streben wollen wir im belehten Mehen mit ihnen troh aller Schicksalschläge glauben an Deutschlands Zukunft und wirken für seine Einheit und Erhaltung.“

„Ferner wurde folgende Entschlüsse angenommen:

„Angesichts der durch die harte Geldentwertung im belehten Gebiete hervorgerufenen unerträglichen Zustände erwarten die Versammelten seitens aller Behörden und verantwortlichen Stellen energieliches Eingreifen gegen den das belehte Gebiet treffenden

wirtschaftlichen Ausverkauf.

Die Arbeiter, Angestellten und Beamtenschaft ist nicht willens, östlich der wirtschaftlichen Verleumdung zu verfallen. Die Verammelten wünschen und verlangen namens aller Mitglieder des Deutschen Gewerkschaftsbundes des belehten Gebietes umgehende Wiedereinräumung der durch die Sanktionen den deutschen Behörden angenommenen Rechte der Grenzüberwachung und Grenzkontrolle.

„In die Arbeitgeber rufen wir die dringende Aufforderung, bei der unheimlichen Steigerung der Lebenshaltungskosten für die schwierige Lage der Arbeiter und Angestellten weitgehendstes Verständnis zu haben und Lohn und Gehalt der Leistung entsprechend anzupassen.“

Die zweite Resolution beleuchtet stichtstärklich die Stimmung der arbeitnehmenden Volksschichten und die trostlosen wirtschaftlichen Verhältnisse des belehten Gebietes. Die interalliierte Besatzungsbehörde weigerte sich anfänglich, Vollzeilmassnahmen gegen den „Ausverkauf“ anzulassen. Anwaltlich ist es jedoch den wirtschaftlichen Organisationen gelungen, die Besatzungsbehörde von ihrem Standpunkt abzubringen. Am 25. Oktober konnte der Oberpräsident der Rheinprovinz folgende Vollzeilverordnung über die Beschränkung des Kleinhandelsverkaufs erlassen.

1. Der Kleinhandelsverkauf an Ausländer und die Vermittlung deutscher Verkäufe an Ausländer sind zunächst bis einschließl. 5. November 1921 verboten, soweit es sich nicht um Deckung eines augenblicklichen dringenden persönlichen Bedarfs handelt.

2. Vorstehendes Verbot erstreckt sich nicht auf a) Ausländer, die im belehten Teile der Rheinprovinz ihren dauernden Wohnsitz haben und b) auf Angehörige der alliierten und assoziierten Mächte, auf die ihnen zugeteilten Personen, welchen die kommandierenden Generale der Armeen einen jederzeit widerruflichen Faher erteilt haben, auf alle diejenigen sonstigen Angehörigen einer der alliierten Mächte, die von den genannten Streitkräften angestellt sind oder sich in deren Dienst befinden, auf die Mitglieder der Rheinlandkommission und deren Familien, auf die Staatsangehörigen einer der alliierten Mächte, die sich in deren Dienst befinden und auf die Familien der letzten Personengruppe, sofern sich diese unter 1 und 2 genannten Personen als solche ausweisen.

3. Der Verkauf an die im Punkt 2 genannten Personen und ebenso an Reichsinsländer ist nur in den im Kleinhandel üblichen Mengen gestattet.

4. Verstöße gegen die vorstehenden Bestimmungen werden, sofern nicht nach dem allgemeinen Strafrecht höhere Strafen festgesetzt sind, mit der höchst zulässigen Geldstrafe des § 137 des Landesverwaltungsgesetzes oder mit entsprechender Haft bestraft.

Ob diese Verordnung ihren Zweck erreicht, bleibt abzuwarten. Sehr viel verpörrchen wir uns nicht davon. Wir befürchten, daß sich nunmehr wieder die Schere zwischen der Arbeit und dem für länderen Mannen den Zweck der Verordnung zu durchkreuzen. Es sind bereits einige Fälle bekannt geworden, wo „Deutsche“

Waren ausgeführt und an Ausländer verkauft haben. Was kümmert diese Geschäftlichkeit die Not des Volkes? Was das Volk ausrunder haben, wenn nur ihr Geld gefüllt werden. Es gibt keine Worte, in eine solche Landlung gehend, tend zu brandstücken. An den Galgen mit solchen Reizuren! Eine Regel wäre schade für sie.

Ergebnis der zentralen Lohnverhandlungen in der Maschinenerlei.

Am 1. November trat die sogenannte „Klein-Tariffkommission“ in Hannover zusammen, um über die Forderungen der Gewerkschaften zu beraten und ne Einigung zwischen den Tarifparteien zu finden. Es war nicht leicht, die Gegensätze zu überbrücken. Zwar konnte auf seitens des Mo die rapide Steigerung der Lebenshaltungskosten nicht bestritten werden, was wurde geteilt gemacht, daß eine notwendige Lohnerhöhungen dieser Saison, zumal in dem Ausmaße, welche gefordert werde, nicht hätte vorausgesehen werden können und deshalb eine weitere Lohnhöhung bei den verlaufenen Wochen nicht herbeiführt werden konnte. Verlangt sei jedoch fast allgemein sozial, daß die Tarifparteien bis Weihnacht und darüber hinaus verbleiben. Namentlich ab waren die Nebenforderungen - Einführung eines neuen Schemas für die Maschinenerlei, Mindestlöhne für Zeitarbeiter - hart umstritten. Nach dreitägiger angegriffener Arbeit gelang es trotzdem, eine Einigung zu erzielen. Wir geben nachstehend das Ergebnis der Verhandlungen bekannt. Zu Einzelheiten werden wir in einem späteren Artikel Stellung nehmen.

4. Nachtrag zur Reichstarifvertragsgemeinschaft (Hannoversches Abkommen).

Abgeschlossen Hannover, den 7. 11. 1921.

Die unterzeichneten Verbände schließen heute vorbehaltlich der tagungsgemäßen Zustimmung der beiderseitigen Organe folgendes Abkommen (genannt Hannoversches Abkommen).

I.

a) Es werden folgende Städtegruppen mit den beigefügten Stundenlöhnen festgelegt:

- Gruppe Ia: 10,50, Düsseldorf, Köln.
- Gruppe Ib: 10, —, Berlin, Potsdam, Danzig, Dörmig, Elm, Frankfurt a. M., Hamburg 10, —, 10, —, 9,80 M., Mülheim, Selingen.
- Gruppe Ic: 9,50, Coblenz, Erfeld, Gellern, Hagen, Hagen, Ohlig, Wiesbaden.
- Gruppe Id: 9,25, Aachen, Barmen, Bielefeld, Eberfeld, Herne, Mandheim, Völsbach, Recklinghausen.
- Gruppe Ie: 9, —, Bremen, Bremerhaven, Clee, Hildesheim, Lamm, Harburg, Kafferslautern, Lübeck, Ludwigshafen, M. Gladbach, Rheden, Neuwied, Wirmalens, Wanne-Eickel, Witten.
- Gruppe If: 8,50, Breslau, Chemnitz, Cuxhaven, Dresden, Emden, Gießenau, Halle, Hannover, Merseburg, Riel, Silesia, Magdeburg, Mainz, München, Münster, Nürnberg, Offenbach, Werra, Stuttgart, Wilmshausen, Worms, Zwickau.

Gruppe Iga: 8,25, Baden-Baden, Bielefeld, Braunschweig, Cassel, Danzig, Darmstadt, Düren, Erfurt, Freiburg i. Br., Heidelberg, Karlsruhe, Kattowich, Kitzingen, Königshausen, Meerane, Merseburg, Danabrück, Wismar, Wittenberg, Wittenberg.

Gruppe Igb: 8, —, Fernburg, Bitterfeld, Gumburg, Zimmern, Töben, Kitz, Göttingen (unter Errichtung einer eigenen Klasse für die Firmen Wiegand und Gels), welche in der ersten Klasse mit 9 m Lohn, welche in der zweiten Klasse mit 8 m Lohn zu zahlen sind.

M 7.75 und die 3. Klasse 7.85 festgelegt).
Friedrichsbach, Ludwigs, Mühlhausen,
Naumburg, Oldenburg, od. Schwerin,
Barel, Werken, Weimar.

Gruppe Va: M 7.70, Altein, Apolda, Tue.
Celle, Cöthen, Eisenach, G. u. b. Reichs-
schiffbau, Gültrow, Hestadt, Jannau,
Hildesheim Hof, Hulum, J. Klingenthal,
Landau, Limburg, Lindau, Ihen, Naumburg,
(Friedberg 7.30 M.), Neustadt, Rühnd.,
Rudolstadt-Saalfeld, Senigra, Stokfurt,
Werdau-Crimmitschau, Zeitz, etc.

Gruppe Vb: M 7.40, Augsburg, Adorf, Coburg,
Cottbus, Eßlingen, Frankfurt, O., Freyberg,
I. S. Gießen, Götting, Greibitz, Kaitz,
Mathemow, Reichenbach, Regensburg, Salame-
del, Schleswig, Stade, Sles, Stollberg,
Weizen, Wittenburg, Wism, Wittenberg,
Wollentzettel (2. Klasse 7.70).

Gruppe VIa: M 7.10, Anhalt, Ankersleben,
Cütrin, Töbels-Weinberg, Eilen-
burg-Deßau, Torgau, Köst. Isar, Göttingen,
Heilbronn, Kempten, Murg, Weiningen,
Remlingen, Minden, Hasdensleben,
Birma, Nudlinburg, Neudorf, Neutlingen,
Stargard, Stralsund, Tübingen, Wernigerode.

Gruppe VIb: M 8.80, Banteln, Eßling, An-
kerwalde, Gmund Schw., Hildt-Schönning,
Hirschberg, Kalsberg, Kön. Deßau, Oels,
Dessau, Dömitz, Riesa, S. Stoll, Ullm.

Gruppe VIIa: M 8.50, Barentsch, Glatz,
Grottswald, Gredemühlen, G. in d. R.,
Kamenz, Landeshut, Neuburg, Nau, Schwein-
furt, Sommerfeld, Sonderhausen.

Gruppe VIIb: M 6.30, Berstede, Biebel, Lavin-
gen, Köbblingen, Prenslau, Schweidnitz,
Straubing, Weiskirchen.

b) Die Stafflung der Löhne der Herren-
und Damenschneider erfolgt für die einzelnen
Ortsklassen wie bisher, insoweit sie für einzelne
Orts bei den vorliegenden Stundenlöhnen beson-
dere Abweichungen vorgehen. Auch die
Festlegung der Stundenlöhne d. Reparatur-
schneider geschieht in der bisher geübten Weise.

c) Der Heimarbeiterzuschlag ist allgemein
auf 10 Prozent festgelegt, insoweit nicht örtlich
bereits ein höherer Prozentsatz eingeführt ist.

d) Für die Entlohnung der weiblichen Ar-
beitskräfte in der Herrenschneider ist das
2. Reichsgesetz vom 1. April 1911 maßgebend.

e) Die Entlohnung in der Damenschneider
wird durch das hannoversche Gesetz geregelt.
Dieses enthält folgende Bestimmungen:

A Männliche Arbeitskräfte.

	Prozent
1. Selbständige Damenschneider	100
2. Herrenschneider, die zur Damenschneider übergehen (Siehe Anmerkung I)	
a) in den ersten 3 Monaten	80
b) in den zweiten 3 Monaten	85
c) in den zweiten 6 Monaten	90
3. Damenschneider nach 2jähriger Lehrgang:	
a) im 1. Gehilfenjahre	66%
b) im 2. Gehilfenjahre	85
4. Damenschneider nach 1jähriger Lehrgang:	
im 1. Gehilfenjahre	85

B Weibliche Arbeitskräfte.

1. Selbst. Mäntel-, Jaden- und Paletot- arbeiterinnen, die alles selbst machen	80
2. Selbst. Mäntel-, Jaden- und Paletot- arbeiterinnen, die nicht selbst bügeln, sowie Taillenarbeiterinnen, die selbst in 1. Stock, einst. Arbeiterinnen dieser Arten	75
3. Alle anderen selbst. Arbeiterinnen (auf Näde, Taillen, Blusen, franz. Kermel, Stepperinnen und Arbeiterinnen, nach Konfekt, Arbeiterinnen)	84

4. Vorges. Zuarbeiterin. (S. Num. II):
a) im 3. Jahre 56
b) im 2. Jahre 63
c) im 1. Jahre 69

5. Zuarbeiterinnen nach 2jähriger Lehrgang,
oder nach 2jähriger Tätigkeit in der
Damenschneider:
a) im 3. Jahre nach der Lehre 45
b) im 2. Jahre nach der Lehre 41
c) im 1. Jahre nach der Lehre 38

6. Zuarbeiterinnen nach dreijähr. Lehr-
zeit oder nach 3jähr. Tätigkeit in der
Damenschneider:
a) im zweiten Jahre nach der Lehre 45
b) im ersten Jahre nach der Lehre 41

(Sämtliche Prozentsätze verstehen sich vom
Lohn des selbständigen Damenschneiders.)

Anmerkung I. Unter Herrenschneider, die zur
Damenschneider übergehen, sind diejenigen zu
verstehen, die nach dreijähriger Lehre zwei Jahre
in der Herrenschneider selbstständig gearbeitet
haben.

Anmerkung II. Besitzt eine vorgeschrittene
Zuarbeiterin die Fähigkeit, ein Stück selbständig
zu arbeiten, so ist der Arbeitgeber verpflichtet,
sie als selbständige Arbeiterin derjenigen Gruppe
zu entlohnen, in die sie eingereiht wird.

A.

Nach dem im Absatz I vereinbarten Stun-
denlöhnen erfolgt die Bezahlung aller Akford-
und Zeitslohnarbeiter und -arbeiterinnen. Im
Gegensatz zu den Löhnen der Akfordarbeiter
können diese Stundenlöhne bei Zeitslohnarbeit-
tern (d. h. männliche und weibliche Damen-
schneider, Änderungsarbeiter und Nicht-Akford-
Nähschneider) bis zu 10 Prozent überschritten
werden, wenn die betr. Arbeitskraft höhere als
die normale Arbeitsleistung verrichtet. Weiter-
gehende Vergünstigungen bleiben bestehen.

III.

In das Bamberger Abkommen wird folgender
Satz eingefügt:

„Gegen die Einstellung von Heimarbeitern
kann kein Einspruch erhoben werden, wenn ge-
eignete Werkstattarbeiter am Orte nicht beschafft
werden können. In solchen Fällen dürfen in diesen
Ausnahmefällen nur solche Heimarbeiter neu auf-
genommen werden, die zur Zeit der Einstellung
bereits mehrere Jahre als Heimarbeiter tätig
waren. Werkstattarbeiter dürfen also in diesen
Fällen nicht als Heimarbeiter eingestellt
werden.“

IV.

Vorstehende Löhne und Bestimmungen treten
für alle nach dem 20. Nov. 1921 zur Verrechnung
kommenden Arbeiten, für Zeitslohnarbeiter mit
Wirkung ab 18. Nov., vormittags, in Kraft.

V.

Dieses Abkommen kann ohne Kündigung der
Reichstättigen-Gemeinschaft zum Gegenstand von
zentralen Verhandlungen gemacht werden, in-
dem es von einer der beiden vertragschließenden
Parteien unter Einhaltung einer Frist von
30 Tagen, gerechnet vom Tage des Abgangs des
eingedruckten Briefes, aufgekündigt wird.

Im Falle des Eintretens einer unerwarteten
außerordentlichen Teuerung kann ohne Kündi-
gung dieses Abkommens eine Besprechung der
beiderseitigen Hauptverbände zum Zwecke des
Lohnausgleichs und der zentralen Befriedigung
der Wünsche der Arbeiterschaft stattfinden, wobei

jedoch Voraussetzung ist, daß jedwede örtliche
Selbsthilfemaßnahmen unterlassen werden.

VI.

Durch die Aufkündigung dieses Abkommens
wird der Fortbestand der übrigen Bestimmungen
der Reichstättigen-Vertrags-Gemeinschaft nicht in
Frage gestellt. Gleichzeitig mit der Aufkündi-
gung des Abkommens muß die kündigende Par-
tei ihre Abänderungsvorschläge unterbreiten.
Die erforderlichen zentralen Verhandlungen
haben dann binnen 3 Wochen, vom Kündigungs-
tage ab gerechnet, zu beginnen.

Verbandsnachrichten.

Mitglieder! Macht euch durch pünktliche Bei-
tragzahlung eure Rechte an den Verband. Wer
mit seinen Beiträgen sich im Rückstand befindet,
hat seinen Anspruch auf Unterstützung verwirkt.
Der 46. Wochenbeitrag ist fällig für die Woche
vom 13. November bis 19. November.
Der 47. Wochenbeitrag ist fällig für die Woche
vom 20. November bis 26. November.

Folgende Ortsgruppen haben für das III.
Quartal abgerechnet:

- 1. Bezirk: Augsburg, Bamberg, Ingol-
stadt, Kempten, Würzburg.
- 2. Bezirk: Darmstadt, Freiburg, Illges-
heim, Kaiserslautern, Speyer, Sörgenloch,
Saigau, Ulm.
- 3. Bezirk: Aachen, Berncastel, Bonn,
Coblenz, Coesfeld, Datteln, Dortmund, Essen,
Hiltru, Gelsenkirchen, Iserlohn, Lippstadt,
Neuß, Paderborn, Redlinghausen, Triek,
Witten, Warburg, Werd, W. Gladbach, Weg-
berg, Xanten.
- 4. Bezirk: Osnabrück.
- 5. Bezirk: Breslau I u. II, Dresden, Glatz,
Hindenburg, Liegnitz, Meisse, Ratibor, Zwickau,
Oppeln.

Der Zentralvorstand
H. A. Schwarzenau

Aus der Hutbranche.

Monopolbestrebungen. Zwischen dem Verband
der oberrheinischen Bandfabrikanten und der
Vereinigung der deutschen Bandgroßhändler, so-
wie dem Verbande der Seidenindustrie Deutsch-
lands ist ein Übereinkommen getroffen wor-
den, nach welchem die Großhändler-Vereinigung die
Ausschaltung des Textil-Einzelhandels erwin-
gen will. Den Mitgliedern der Großhändler-
Vereinigung ist seitens der Fabrikanten ein
10prozentiger Preisnachlass gewährt worden. Den
Verbrauchern — u. a. den Ausfuhrfabrikanten und
Wohnschäften — soll dadurch der direkte Bezug
von den Bandfabrikanten unmöglich gemacht
werden. Kameralisch sollen die Bundesstädte
durch diesen Preisnachlass des Großhandels ge-
zwungen werden, beim Großhandel zu kaufen
und auf den direkten Bezug beim Fabrikanten
zu verzichten.

Diese Maßnahmen haben nun den Reichsverband
des Textilhandels auf den Plan gerufen. Dieser
hat seinerseits eine Ausfuhrsperrung über die Ver-
einigung der deutschen Bandgroßhändler aus-
gesprochen. Dem Mitgliedern des Reichsbundes ist
es unterlagt, bei den organisierten Bandgroß-
händlern zu laufen. So wird hier wieder ein
wirtschaftlicher Kampf ausgetrieben, für den
letzten Endes die Verbraucher und die in Mit-
selbstschaft gezogenen Arbeiterklasse die Folge
zahlen müssen; denn darüber besteht kein Zwei-
fel, daß die Monopolbestrebungen diktiert wor-
den von dem Bestreben, einem kleinen Kreis von
„Kollagenossen“ die Preisgestaltung der Waren
in die Hand zu spielen. Wie kann die Preisse
aussehen werden, können wir uns ausmalen.
Die Kundenschaft wird am Ende nicht mehr in der
Lage sein, die hohen Preise anzulegen, mit Aus-
nahme der Kreise, denen die Papierpreise auf
ähnliche Weise ausfallen, wie den Großhändlern,
welche die Gewinne mühsam einheimen. Es
ist ein Skandal, daß 74 — meist jüdische — Groß-
händler in der Vereinigung der deutschen Band-
großhändler sich anmachen dürfen, daß sie selbst

Neueste Erscheinung auf dem Gebiete der Fachliteratur

ist das vom Schneidermeister und Fachlehrer J. Kumpant zum Selbstunterricht verfaßte

Lehrbuch über den Zuschchnitt der Damengarderobe

dessen Inhalt sowohl für jeden Maß- wie Konfektionschneider ebenso wertvoll wie nutzbringend ist.

Glänzend begutachtet von ersten Fachleuten, die auf langjährige Praxis zurückblicken.

Ich habe das gefunden, was ich schon immer suchte.

Herr Kumpant!

Anbei das Lehrbuch zum Einbinden gerollt und hoffe, es bald wieder in meinem Besitz zu haben, da ich es sehr nötig gebrauche. Auch hätte ich Ihnen meinen Namen für Dankschreiben und Empfehlungen zur Verfügung und spreche ich Ihnen meine vollste Zufriedenheit über Ihr Sukzess aus. Ich habe das gefunden, was ich schon immer suchte. Magdeburg, 24. 10. 1921. Mit kollegialem Gruß Paul Seewohl, Jachobstr. 4.

Es ist eine Wohltat für den jungen Zuschneider.

Herr Kumpant!

Endlich erlaubt es mir die Zeit, Ihnen den Empfang Ihres Wertes „Herrengarderobe“ zu bestätigen. Über den Inhalt war ich sehr verblüfft, es ist eine Wohltat für den jungen Zuschneider. Ich kann Ihnen nur sagen, es ist eine Freude, danach zu arbeiten. Ich habe jetzt so gut wie gar keine Änderungen. Wollen Sie bitte diese Zeilen den Fachzeitschriften betonen. — Senden Sie mir noch umgehend das Damenlehrbuch usw. Waldheim, Baden, 25. 10. 1921. Mit vorzögl. Hochachtung Franz Höhle, Zülch.

In diesem modernsten Werk der Zuschneiderkunst ist dem Fachmann — auf 242 Seiten durch 133 Schnittzeichnungen und Figuren sowie viele photographische Aufnahmen — das Annehmen und Schnittzeichnen verschiedenster moderner Jackenformen, Mäntel, Jagdhäute, Schlüpfer, Anomomäntel, Pelermine, Capes, Armeel usw. überaus gründlich dargestellt und veranschaulicht. — Außerdem enthält das Lehrbuch einen hochinteressanten Anhang über

„Die Bildung des guten Geschmacks in der Damenschneidererei“

aus der Feder eines berühmten Spezialisten, dessen Ausführungen durch 2 Farbentafeln unterstützt werden. — Auf feines Illustrationspapier gedruckt, elegant gebunden, beträgt der Preis für dieses moderne Werk der Damenschneidererei Mark 9.— und Mark 2.— für Porto extra. Wegen Nachnahme Mark 11.—. Som 15. November 1921 ab kostet das Buch Mark 12.— und Porto extra.

Man bestellt am einfachsten durch Zahlskarte auf Postsparkonto Berlin 100 002 von der

Privat-Zuschneide-Schule J. Kumpant,
Berlin SW 48, Friedrichstraße 15.

Subskription.

Am 1. Dezember 1921 erscheint ein großes Fachwerk für die gesamte Schneiderwelt!

Die Sammlung sämtlicher Schnittmuster (Modelle 1922)

Wir haben bis heute von unseren berühmten und beliebten Schnittmustersammlungen zirka 50 000 Stück verkauft und Tausende von Anerkennungen erhalten. Die neue Auflage, welche am 1. Dezember erscheint, übertreibt jedoch alles, was bis jetzt da war. In Originalgröße sind unsere anerkannten Grundmodelle erschöpfend aufgezeichnet, jede Abänderung genau vermerkt und angegeben. Von den Kinderanzügen, Jünglingssachen bis zu den komplizierten Sportsachen für Herren herauf haben Sie sämtliche Größen und sämtliche Kleidungsstücke. Für Dickbauch, für übermäßig Große und Schlanke, für Aufrechte und Geneigte, für X-Beine und O-Beine, für breite und schmale Achseln sind die Abänderungen der Modelle angegeben, so daß es kinderleicht ist, für jede Figur das richtige Modell herauszukopieren. Ferner legen wir noch eine Broschüre bei, welche die praktische Stoffeinteilung, Anprobe und Verarbeitung behandelt und auch dem tüchtigsten Schneider manchen praktischen, wertvollen Hinweis gibt. Trotz der enormen Teuerung kostet dieses wertvolle Werk komplett nur Mark 75.—. Wer jedoch heute schon bestellt und bezahlt, erhält das Werk für Mark 60.—, erspart außerdem noch Mk. 6.50 für Porto- und Nachnahmespesen; somit eine Gesamtersparnis von Mk. 21.50. Benützen Sie diese günstige Gelegenheit, welche nur bis spätestens 1. Dezember 1921 gilt. Dieser geringe Betrag rentiert sich 100fach. Garantie wird in jeder Weise geleistet. — Betrag auf Postcheck-Konto München 23378 einsenden:

Deutsche Bekleidungs-Akademie, München
Schellingstr. 39 M. MÜLLER & SOHN. Postcheckkonto München 23378

Zuschneiderkursus in Essen d. Ruhr.

Viersachen Wien entsprechend werden wir im Monat Dezember in Essen a. d. Ruhr einen Tageskursus Herren- und Damenschneidererei abhalten. Anhaltort: Kath. Gesellenhaus, Steeler Straßebeginn Donnerstag, 1. Dezember 1921. Unterrichtszeit täglich von 8 bis 2 Uhr.

Nähere durch die Private Zuschneider-Schule der Zuschneidervereinigungen Rheinland und Westfalen, K. I. Rh., Neumarkt 27/29.

Tüchtige Schneidergehilfe.
d. Gelegenheitsboten wird, sich immen suchen auszubn, sol. gelucht. Dauerkung. Max Liz Schneider. Nummelshaus Pom. Cistilla

Rodarster
per sofort für dauernd gesucht. Nur solche, die sich länger ein wirkliches Studium arbeiten können wollen sich meld. Fahrt wird vergütet. Heinrich Jabs Krefeld, Rheinstr. 78.

Zwei erstklassige Großstückschneider
für dauernd, gesucht. Tarif III 2. Nur erstklassig Kräfte wollen Offerteinsenden. Heinrich Jabsfeld Waghackstr. Halberstadt, Harz. Kaiserstr. 48.

Junger, tüchtiger Schneidergehilfe
dem Gelegen geboten wird, sich an Großstück weiter auszubn, gelucht. Kofu. Wohnung im Hause. Dauerzahlung. O. Tante, Allohno bei S'etal.

Ein zuverlässiger Großstückarbeiter u. 1 Holzschnitzer
für dauernd, häßlich sofort gesucht. Bernhard Reumann Bremen.

Großstückarbeiter
für feinste Naharbeit gesucht. Wochenlohn Mk. 8.— u. s. w. G. G. G. Oberstein a. d. Nahe.

Wohler tüchtige Rockschneider
finden im feinsten Spezialmagazin der schönsten Großstadt Norddeutschlands dauernd Beschäftigung. Schröder, Hannover Thielensplatz 2.

Erfahren. Großstückarbeiter
für dauernd gef. Stundenlohn Mk. 7.10. Wohn. vorh. Heier. Köhr, Horne i. W. Mont-Genöhr. 21.

Tücht. Rock- und Hosen Schneider
für dauernd nach 1. Tarif (Stundenlohn 7.40 Mk.) gesucht. D. Fromm, Hertens i. W. Ewaldstr. 102/104.

Tüchtige Großstück-Schneider
und einen zuverlässigen Tag-Schneider für 1. Reichstufenklasse, gesucht. G. G. G. Bremerhaven.

Mehrere tüchtige Großstückarbeiter, mehrere tüchtige Kleinstückarbeiter
für 1. Reichstufen Stundenlohn 7.40 Mk. per sofort gesucht. Bei zufriedenstellender Leistung wird nach vier Wochen Reise vergütet. D. Fromm, Hertens i. W. Ewaldstr. 102/104.

Zwei tücht. Großstückarbeiter
zu sofort oder später gesucht. Kost und Wohnung im Hause. Angebote an G. G. G. Schumann, Jöbendörren.

Tüchtige Großstück- und ein Tagsschneider
bei hohen Löhnen gesucht. Reisevergütung nach 3 Monaten. Hoje & Co., Witten-Ruhr.